

## KURZINFORMATIONEN SÜDLICHES AFRIKA

## REPUBLIK NAMIBIA



Quelle: Munzinger Archiv Online, 2007

## INHALT

I. INNENPOLITIK .....	2
II. AUSSENPOLITIK .....	3
III. BEZIEHUNGEN ZUR EU .....	4
IV. ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN.....	4
V. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT .....	5
V. BILATERALE BEZIEHUNGEN .....	7

gefördert durch die

Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

Slezak, Gabriele; Jänner 2007; letzter Stand: August 2006  
Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe  
Layout: Alexandra Erös

## I. INNENPOLITIK

Pohamba wurde Ende Mai 2004 mit 314 von 516 Stimmen - als erklärter Favorit Präsident Nujomas gegen (wegen seiner Bewerbung als Außenminister entlassenen) Hidipo Hamutenya - zum Präsidentschaftskandidaten der SWAPO gewählt. Am 15./16. Nov. 2004 wurde er zum Staatspräsidenten gewählt und am 21. März 2005 vereidigt. Der Nachfolger von Samuel Nujoma war nach der Unabhängigkeit 1990 Parlamentsmitglied und erster Innenminister des Landes geworden - danach Minister für Fischerei und Meeresressourcen sowie Grund, Boden und Neubesiedelung; 2002 wurde er zum Vizepräsidenten der SWAPO gewählt.

Neben Wahlbeobachtern u. a. der Afrikanischen Union (AU) und der Southern African Development Community (SADC) attestierte auch der mit 5,12 % der Stimmen unterlegene DTA-Kandidat Katutire Kaura einen „freien und fairen“ Wahlverlauf. Den zweiten Platz nahm Benjamin Ulenga (CoD) mit 7,28 % ein, nach Kaura folgten Kuaima Riruako (NUDO) mit 4,23 %, Justus Garoëb (UDF) mit 3,83 % sowie Henk Mudge (RP) und Kosie Pretorius (MAG) mit 1,95 bzw. 1,15 % der gültigen Stimmen. Die Wahlbeteiligung war die höchste von allen drei Wahlen seit 1990.

Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung vom 15./16. Nov. 2004 zeigten ebenfalls eine Stimmenmehrheit für die SWAPO (75,8%). Theo-Ben Gurirab (SWAPO), erster Außenminister des unabhängigen Landes und zuletzt Premierminister, wurde am 20. März 2005 einstimmig zum Nachfolger von Mosé Penaani Tjitendero zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.

Bei den Lokalratswahlen und den vier Regionalratsnachwahlen am 14. Mai 2004 behauptete die SWAPO ihre beherrschende Position, die DTA verlor stark an Boden. Die SWAPO gewann 29 der 46 Lokalratsposten, darunter erstmals Rehoboth, bis dahin DTA-Hochburg. Bei den Regionalratsnachwahlen gingen die DTA-Mandate in Omatako und Tsumkwe an die SWAPO sowie in Aminuis und Okakarara an die National Unity Democratic Organisation (Nudo).

Das erste Amtsjahr des neuen Präsidenten wurde davon geprägt, dass Nujoma als bislang einziger Parteichef der 1960 gegründeten ehemaligen Befreiungsbewegung SWAPO noch mindestens bis zu deren nächsten Kongress 2007 als Chef der Regierungspartei großen politischen Einfluss hat und es so zu einer Form geteilter Macht zwischen Parteivorsitzendem und Staatspräsidenten kommt. Der große Einfluss des Expräsidenten ist in mehreren Bereichen spürbar, allerdings wurde international die dezidiert eigene Personalpolitik des neuen Staatsoberhauptes erwähnt. Der Präsident erwies sich auch in Bezug parteiinterner Schwierigkeiten als ausgleichende, integre und verantwortungsvolle Person. Auch in der Bevölkerung fanden das Verhalten (Bescheidenheit und Integrität) und die neuen inhaltlichen Akzente des Staatsoberhauptes bislang ein mehrheitlich zustimmendes Echo. Entscheidend wird für Pohambas Stellung aber auch seine Antikorruptionspolitik sowie die Fortschritte in der Landreform sein. Im Jänner 2006 wurden der Leiter und die stellvertretende Leiterin der Antikorruptionsbehörde in ihr Amt eingeführt.

Präsident Nujoma hatte am 15. März 2005, kurz vor der Amtsübergabe an Pohamba, sein Kabinett entlassen. Pohamba wurde vorgeworfen, sich bei der Bildung der am 31. März 2005 vereidigten Regierung zu sehr den Wünschen Nujomas gebeugt zu haben; Allerdings berief Pohamba Helmut Angula, der nach Zerwürfnissen mit Nujoma und Konflikten in der SWAPO im Dezember 2004 als Landwirtschaftsminister zurückgetreten war, zum Chef der Nationalen Planungskommission. Premierminister Angula, zuvor Minister u. a. für Höhere Bildung, gehört den Ondonga (Ndonga) an, der zweitgrößten Gruppe der Ovambo - seine Ernennung soll zur inneren Stabilität der SWAPO beitragen.

Innerhalb der führenden Partei SWAPO konzentriert sich derzeit alles auf die bevorstehende Wahl des neuen Parteiführers. Der jetzige Parteivorsitzende, Expräsident Nujoma, favorisiert Pohamba, der ihn auch mit großer Wahrscheinlichkeit 2007 ablösen wird. Unter anderem wird aber auch davon gesprochen, dass Nujoma dieses Amt gar nicht abtreten möchte - allerdings würde dann Pohambas Autorität innerhalb der Partei nur eingeschränkt sein können.

Im August 2003 stellte die National Society for Human Rights (NSHR) ihren Bericht über die Menschenrechtslage in Namibia vor, in dem der Regierung u. a. mangelnde Transparenz und Verantwortlichkeit, Attacken gegen die Presse- und Meinungsfreiheit, Folter in den Gefängnissen und Exekutionen durch Polizisten und Angehörige der paramilitärischen Sondereinheit Special Field Forces (SFF) vorgeworfen werden. Gefährdet war aber weiterhin die Unabhängigkeit der Justiz. Führende Politiker griffen weiterhin verbal Vertreter der Justizbehörden an. In ihrem Wahlprogramm versprach die SWAPO, die Zusammensetzung des für die Ernennung von Richtern zuständigen Gremiums zu ändern, um „dem Willen des Volkes gerecht zu werden“.

Bereits seit 2001 war es staatlichen Stellen wegen der angeblich regierungsfeindlichen Berichterstattung von The Namibian untersagt, der Zeitung Anzeigenaufträge zu erteilen. Oppositionsparteien beschwerten sich darüber, dass die staatliche Rundfunkanstalt Namibian Broadcasting Corporation während des Wahlkampfes sehr einseitig zugunsten der Regierungspartei SWAPO berichtet habe.

2004 wurde ein neues Arbeitsgesetz verabschiedet, welches explizit die Diskriminierung von Arbeitnehmern aufgrund ihrer Infizierung mit HIV verbietet.

## II. AUSSENPOLITIK

Als Mitglied der SADC (Southern African Development Community) setzt sich Namibia aktiv für die Förderung der regionalen Integration ein. Im April 2006 fand in Windhoek die alle zwei Jahre stattfindende SADC - Beratungskonferenz statt. Präsident Pohamba zeichnete bei der Eröffnung ein optimistisches Bild der Entwicklungschancen innerhalb der SADC. Wichtigstes Thema der Konferenz war die Umsetzung von geplanten und bereits vereinbarten Strukturänderungen der verschiedenen Gremien der Gemeinschaft.

In außenpolitischen Belangen steht der Ausbau der Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarländern im Vordergrund. Aufgrund seiner extrem hohen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika (Importabhängigkeit weit über 80 %) bleibt es auch weiterhin Namibias wichtigster Partner im Süden. Seit August 2004 ist Windhoek Sitz des SACU-Sekretariats (Southern African Customs Union). Die Situation an der Grenze zu Angola bleibt weiterhin stabil - so gibt es keine Bedrohungen des Friedens in Namibia von außen. Die Beziehungen des Nachbarlandes Botswana wurden durch den Besuch des Präsidenten Festus Mogae im April 2006 intensiviert. Beide Präsidenten wiesen auf die bestehenden guten Beziehungen in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Bergbau und Energie, Fischerei, Tourismus, Bildung, Gesundheit und Transport hin. Pohamba nannte insbesondere den Trans-Kalahari-Korridor als Erfolg, damit ist Botswana an den Hafen Walvisbay angeschlossen. Hinzukommen sollen auch noch die Sektoren Lokal- und Regionalverwaltung, Geologie, Energieversorgung und Recht. Bei dieser Gelegenheit kam es auch zum Beschluss für den Bau der Bahnverbindung zwischen den beiden Ländern.

Bei einer Konferenz der „Southern African Development Community“ (SADC) 2005 wurden acht regionale Projekte zur Weiterentwicklung der Energieversorgung im südlichen Afrika diskutiert. Eines davon ist das geplante Gaskraftwerk mit 800 Megawatt Leistung im äußersten Süden Namibias. Das Land selbst will etwa 70 Prozent des Investitionsbedarfs decken. Nach wie vor werden etwa 80 Prozent des Energiebedarfs im südlichen Afrika von Südafrika bestritten.

In der Außenpolitik zu Asien stehen die Beziehungen zu China im Vordergrund. Das gilt vor allem für die Wirtschaftsbeziehungen, die zielstrebig ausgebaut werden, u.a. durch Lieferungen von chinesischen Lokomotiven und die Durchführung von Bauaufträgen durch chinesische Firmen. Im November 2005 besuchte mit 47 Teilnehmern die bisher größte Delegation aus der VR China Namibia. Im Vordergrund stand der weitere Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Weiters bemüht sich Namibia um Weiterentwicklung der Kontakte zu Indien und den südostasiatischen Schwellenländern.

Bei seinem ersten Besuch in Europa seit Amtsantritt Ende November 2005 kam Pohamba zu einem

Staatsbesuch nach Deutschland, dem wichtigsten bilateralen Geber Namibias. Ein wichtiges Thema dieses Treffens war die Erhöhung des Entwicklungshilfeeinsatzs für Namibia, aber es spielte auch die von Bundesministerin Wieczorek-Zeul gestartete Versöhnungsinitiative eine Rolle.

Experten aus Ghana, Kenia, Tansania, Uganda, Burkina Faso und Namibia trafen sich vom 25. bis 27. April 2006 in Nairobi/Kenia zur ersten Pan-afrikanischen Konferenz zum African Peer Review Mechanism (APRM). Der APRM-Prozess ist das wichtigste Instrument des NEPAD-Prozesses um einen „Status-quo-Bericht“ zu verfassen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Infrastruktur, Stand der Dezentralisierung und Demokratisierung, administrative Strukturen sind wichtige Blickpunkte dieses Berichts. In die Veranstaltung eingebunden waren im Rahmen eines Tagesordnungspunktes auch zahlreiche Vertreter der internationalen Gebergemeinschaft. So nahmen Vertreter der Botschaften aus Canada, Finnland, Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland sowie Vertreter von USAid, EU, UNDP und internationalen kirchlichen Organisationen an der Veranstaltung teil. Diskutiert wurden die Fortschritte und Probleme beim APRM-Prozess in den jeweiligen Staaten.

Im Frühjahr 2004 beherbergte Namibia rund 14.000 Flüchtlinge aus Angola sowie 1.000 aus der DR Kongo. Etwa 1.000 Flüchtlinge aus Namibia lebten in Botswana. Jährlich wandern über 2.500 Menschen aus Namibia aus.

### III. BEZIEHUNGEN ZUR EU

Die EU ist wichtigster Kooperationspartner und nach Südafrika wichtigster Handelspartner. Ab Januar 2006 engagiert sich die EU in Namibia mit einem Programm zur Reduzierung der Armut in ländlichen Gebieten, für das 413 Mio.N\$ (etwa 53 Millionen €) vorgesehen sind. Im März 2005 wurde das Abkommen zur Bekämpfung der ländlichen Armut („Rural Poverty Reduction Programme“ - RPRP) abgeschlossen. Verantwortlich für die Durchführung ist die „National Planning Commission“, die EU tritt nur als Finanzgeber auf. Neben der Förderung von Infrastruktur und Handel in ländlichen Regionen soll auch die Landreform finanziell unterstützt werden.

Im März 2006 unterzeichnete die Europäische Investitionsbank (EIB) mit der Old Mutual Life Assurance Company (Namibia) Ltd einen Vertrag über eine Finanzierungsfazilität im Umfang von umgerechnet 4 Mio.€ zugunsten der Entwicklung der Infrastruktur in Namibia. Die gemeinsam mit dem MIDINA-Fonds (Managing Infrastructure Development in Namibia) der Old Mutual bereitgestellten Mittel sollen von der Old Mutual Namibia für die Kofinanzierung von Infrastrukturprojekten und damit verbundenen Investitionsvorhaben von Gebietskörperschaften, Staatsunternehmen oder privaten Einrichtungen verwendet werden.

### IV. ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

Der MDG Report zu Namibia 2004 der UN stellte Schwierigkeiten für die Erreichung des Ziels, der Halbierung der Armut bis 2015 fest. Zum einen stehen derzeit die Daten zur Armutsbekämpfung in keinem ausreichenden Maß zu Verfügung, die Anzahl der in extremer Armut lebenden Haushalte kann so erst veröffentlicht werden. Andererseits zeigen die jüngsten Ergebnisse bezüglich der Einkommensunterschiede nach wie vor ein zu großes Ungleichgewicht. Die reichsten 7.000 Personen geben genauso viel aus wie 800.000 der Ärmsten. Vor der Unabhängigkeit herrschte zu Apartheidszeiten eine juristische Trennung der Bevölkerungsteile vor, heutzutage zeigt sich eine sozioökonomische „Apartheid“. Laut UNDP ist Namibia weltweit das Land mit dem größten Einkommensunterschied zwischen Arm und Reich, dies bestätigte auch der Gini-Index von 70,7 im UNDP Bericht 2005. Allerdings muss angemerkt werden, dass es sich bei den Daten um Hochrechnungen auf der Basis einer Erhebung von 1993 handelt.

Bereits vor der Unabhängigkeit war das Stadt-Land-Gefälle ziemlich groß. Die Landflucht ist mit der Unabhängigkeit noch gestiegen. Von insgesamt ca. 2 Millionen Menschen leben allein rund 350.000 in Windhoek und 85% der Ärmsten leben in ländlichen Gebieten. Die HIV/Aids Epidemie, die die

Bevölkerung in hohem Ausmaß heimsucht verstärkt armutsfördernde Faktoren wie Arbeitslosigkeit, schlechten Gesundheitszustand, erhöhte Ausgaben für Medikamente und geringe Bildungschancen.

Im Rahmen des 2. Fünf-Jahres-Plan der nationalen Entwicklungspolitik (NDP2) steht für die Periode 2001/02-2005/06 die Armutsbekämpfung sowie die Beseitigung ungleicher Einkommensverhältnisse an oberster Stelle. Die nationale Armutsbekämpfungsstrategie ist auf einen ausgewogenen und effizienten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, den Ausbau der Landwirtschaft, die Förderung von Nahrungsmittelsicherung und Förderung des informellen Sektors ausgerichtet. Weiters setzt die nationale Entwicklungspolitik auf Privatsektorentwicklung und beschäftigungsfördernde Maßnahmen sowie auf die Durchsetzung von Black Economic Empowerment (BEE) und die Durchführung von Initiativen, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum unterstützen können. Der nächste Fünf-Jahresplan wird gerade erstellt und erwartungsgemäß wenig Veränderung bringen. BEE-Initiativen sind zwar nach wie vor gering, allerdings wird es zukünftig für ausländische Firmen sehr wichtig sein, für eine Zusammenarbeit eine Partnerschaft mit einem BEE-Unternehmen aufzubauen. Das Privatisierungsprogramm, das vom IMF sehr forciert wird, ist derzeit auf Eis gelegt, da die Regierung staatliche Unternehmen zunächst durch Kommerzialisierung und ein rechenschaftspflichtiges Management rehabilitieren möchte.

Auf der Skala des Human Development Index (HDI) der UN, der unter anderem nach Lebenserwartung, Bildungsstand der Bevölkerung und Wirtschaftslage des Landes bemessen wird, ist Namibia von Platz 111 auf Platz 125 zurückgefallen (UNDP 2005).

Der Gesundheitszustand und die medizinische Versorgung der Bevölkerung weist in Namibia große Unterschiede auf, es gibt ein großes Gefälle zwischen der reichen Minderheit und der von Armut betroffenen Bevölkerungsmehrheit. Mehrheitlich bewohnte ländliche Gebiete sind medizinisch unterversorgt. Das größte Problem, von dem v. a. Arme betroffen sind, stellt die HIV/Aids-Pandemie dar, der pro Jahr mehr als 13.000 Menschen zum Opfer fallen (bes. hohe HIV-Rate in der Caprivi-Region). Die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Epidemie könnten die Entwicklungserfolge der letzten Jahre zunichte zu machen. Nach letzten Erhebungen ist die HIV- Infektionsrate von gut 22% auf 19,8% der erwachsenen Bevölkerung (15-49 Jahre) gefallen (Stand: Dezember 2004). In die Bestrebungen der Regierung zur verstärkten Bekämpfung von HIV/Aids wurden inzwischen auch kirchliche Einrichtungen und traditionelle Heiler eingebunden. Die Regierung setzt mit ihrem nationalen Strategieplan auf einen ganzheitlichen Ansatz von Prävention über Therapie bis hin zu häuslicher Pflege. Als zentrales Thema im Gesundheitsbereich hat es aber auch auf alle anderen Sektoren erheblichen Einfluss.

Im Bildungssektor gibt es im primären und sekundären Bildungsbereich großen Handlungsbedarf. Die Regierung stellte in Form eines 15-Jahresplanes ihre Strategie, wie qualifizierte Arbeitskräfte und Wissen für die namibische Gesellschaft aufgebaut werden können, vor. Das Bildungsministerium unter Nangolo Mbumba verabschiedete 2005 das so genannten ETSIP (Education and Training Sector Improvement Programme), ein Programm für Bildung und Ausbildung. Gleichzeitig beauftragte das Kabinett den Bildungssektor, ein strategisches Konzept im Sinne des ETSIP zu entwickeln und umzusetzen.

## V. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die großen Probleme im gesamten Bildungsbereich veranlassten die Regierung, zu einer Geberkonferenz einzuladen. Anlässlich der Präsentation des neuen Bildungsplanes Education and Training Sector Improvement Programme (ETSIP) der namibischen Regierung kam es im März 2006 zu einem Treffen zwischen VertreterInnen der UN, der Europäischen Kommission, der Weltbank und RegierungsvertreterInnen (Bildungsministerium, Ministerium für Jugend, Sport, nationale Dienstleistungen und Kultur, Präsident Pohamba), um sich über die Höhe der Geberfinanzierung zu einigen. Das Spendenziel von N\$ 3,4 Milliarden wurde knapp verfehlt, die Regierung ist jedoch mit den



Zusagen für das ETSIP sehr zufrieden. Die Weltbank hatte während der letzten drei Jahre maßgeblich an der Erstellung dieses Programms mitgearbeitet.

Unter den EU-Mitgliedstaaten ist Deutschland der größte bilaterale Geber. Als bilateraler Geber unterstützt es Namibia schwerpunktmäßig. Darüber hinaus leistet es indirekt als maßgeblicher Finanzier der Gemeinschaftshilfe der EU einen Grossteil der Finanzierungen. Die GTZ und die „Development Bank of Namibia“ legten 2005 ein gemeinsames Programm auf, das für den namibischen SME – Bereich einen besseren Zugang zu Krediten und Fördermitteln ermöglichen soll.

Die National Planning Commission koordiniert die Geber auf Landesebene. Große Unterstützung bekommt sie hierbei von der Weltbank. Im August 2005 begann die Weltbank mit dem „Namibian Coast Conservation and Management Project“, das den Schutz der Biodiversität und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Küsten und Meeresökosysteme Namibias zum Ziel hat. Die Mitgliedsländer der Southern African Customs Union (SACU) organisierten mit Unterstützung der Weltbank ein Treffen der nationalen HIV/AIDS Koordinatoren in Johannesburg im Oktober 2005. Die vier kleinen Länder Botswana, Lesotho, Namibia and Swaziland sind besonders stark von der HIV/AIDS Pandemie betroffen und kamen überein gemeinsame Strategien zur Aidsbekämpfung zu entwickeln. Alle vier Länder weisen viele Gemeinsamkeiten auf, insbesondere in Bezug auf sozioökonomische Auswirkungen von Aids.

Der UN-Sonderbeauftragte für Aids in Afrika, Stephen Lewis, unterstrich die Entschlossenheit der namibischen Regierung im Kampf gegen die Immunschwäche. Er verwies jedoch auf die Probleme der Finanzierung und der mangelnden Kapazität bei der Bekämpfung. Die HIV/Aids-Pandemie übt einen starken Druck auf den Haushalt des Gesundheitsministeriums aus, das 121 Millionen N\$ seines Gesamtetats in Höhe von 1,3 Milliarden N\$ für den Kampf gegen die Immunschwäche reservierte.

Die Energiekrise in Südafrika wirkt sich auch auf Namibia aus. So wird jetzt ernsthaft über geeignete Maßnahmen zum Ausgleich zu erwartender reduzierter Lieferungen diskutiert. Vor allem sind die neuen Minen wegen ihres enormen Stromverbrauchs ein Problem. Mit der gemeinsam mit Südafrika geplanten Exploration des Kudugasfeldes soll in Zukunft die drohende Energieknappheit und die Abhängigkeit von Südafrika überwunden werden. Energielieferungen aus dem Gasfeld sind jedoch erst in einigen Jahren zu erwarten und dann auch zu wesentlich höheren Preisen. Namibia hofft, damit selbst zu einem Energieexporteur werden zu können.

Das Welternährungs-Programm (World Food Programme, WFP) der Vereinten Nationen bekannte sich auch neuerdings zur finanziellen Unterstützung von Namibia mit Nahrungsmittelhilfe. Nach der Erarbeitung eines neuen Programms soll Namibia ab dem 4. Quartal 2005 im Rahmen der regionalen Hilfe für das südliche Afrika unterstützt werden und kann daraus bis Ende 2007 rund 10 Millionen US\$ (ca. 68 Mio. Namibia-Dollar) erwarten.

Präsident Pohamba forderte bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York mehr Hilfe für Namibia. Die Einstufung des Landes als Schwellenland ist wegen des hohen Einkommensgefälles irreführend. Die Folgen der Fremdherrschaft, so Pohamba, könnten nur mit Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft beseitigt werden. Seit der Unabhängigkeit des Landes sei aber bereits beachtliches geleistet worden. Der Generaldirektor der „Nationalen Planning Commission“ (NPC), Helmut Angula, hatte zuvor eine Einstufung Namibias in die Gruppe der „am wenigsten entwickelten Länder“ gefordert, um so mehr an Finanzierungen für die Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen.

## V. BILATERALE BEZIEHUNGEN

### 1. KURZE ALLGEMEINE DARSTELLUNG

Namibia ist Kooperationsland der OEZA und Fokus-Staat im Rahmen des Konzepts „Afrika 2000“. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind ein neues Jugendstrafrecht sowie Rechtsreformen zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, Ausbildung Jugendlicher sowie die Entwicklung eines ökologisch nachhaltigen Tourismus unter direkter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in der unterentwickelten Nord-West Region.

Österreichische Projektträger sind das Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit sowie HORIZONT 3000. Namibische Partner sind neben staatlichen Stellen (Justiz-, Tourismusministerium) das Legal Assistance Centre (LAC), die NGO „The Bridge“ sowie die auf Tourismus spezialisierte NGO Namibian Community Based Tourism Association (NACOBTA).

### 2. POSITIONEN ZU DEN WICHTIGSTEN FÜR ÖSTERREICH RELEVANTEN THEMEN

Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf zwei Sektoren: Demokratieentwicklung und Menschenrechte sowie Jugendgerichtsbarkeit und Frauenförderung. In dem mehrere Jahre angelegten Programm für Jugendgerichtsbarkeit wird zum einen versucht, die Situation von Jugendlichen in Gefängnissen zu verbessern. Gleichzeitig werden mit allen betroffenen Institutionen gemeinsam alternative Strafvollzugsmethoden entwickelt, getestet und eingeführt. Zielgruppe waren rund 900 jugendliche Strafgefangenen. Durch entsprechende Sozialarbeit (Fortbildung, Training und Nachbetreuung) sollte deren Chance auf eine erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft erhöht werden. In diesem Programm gab es eine intensive Zusammenarbeit zwischen NGOs und staatlichen Stellen. Das Legal Assistance Center (LAC) schuf in Windhoek ein vom Staat anerkanntes Modell für den alternativen Strafvollzug bei jugendlichen Straftätern. Durch fachliche Begleitung und Betreuung der in Windhoek aufgebauten Modelleinrichtung, Training für staatliche und nichtstaatliche Beteiligte am Juvenile-Justice-Programm, begleitende Überwachung der Einhaltung relevanter UN-Konventionen und Lobbying für die anstehende Rechtsreform soll das bisher Erreichte abgesichert und auf ganz Namibia ausgedehnt werden. Die Umsetzung erfolgt in Form von NGO-Projekten und in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium, wobei als Instrumente Organisationsentwicklung und Technische Hilfe im Vordergrund stehen. Im Sektor Jugendgerichtsbarkeit wurde die Reform des Jugendstrafvollzugs durch die NGOs Horizont3000 und ÖNSI unterstützt.

In enger Zusammenarbeit mit der OEZA und der DKA konnte in den vergangenen Jahren mit den Partnerorganisationen „The Bridge“ in Namibia ein Programm im Sektor „Child Justice“ und eines im Bereich der Landrechte in der Region Hardap aufgebaut und weiterentwickelt werden. Dieses Zielgebiet der OEZA in Namibia wurde Anfang 2006 nach heftigen Niederschlägen überschwemmt und der Schaden auf 18,2 Mio.€ beziffert. Die OEZA finanzierte humanitäre Maßnahmen für Schulkinder.

Das gegenwärtige Finanzierungsprofil von Horizont 3000 ist gemischt, wobei an erster Stelle kofinanzierte Projekte (DKA) stehen, gefolgt von hundertprozentiger Projektfinanzierung durch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit.

Im Jahr 2004 wurde ein Kofinanzierungsprojekt im Bereich Landrechte betreut, dabei konnte der langjährige Projektpartner LAC in der legistischen Beratung von benachteiligten Personen eingesetzt werden.

Die Regierung Namibias bekennt sich zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen. Die Rechtsreform geht aber nur langsam voran, besonders betroffen sind Frauen, die auf dem Land leben. Hauptprobleme sind verschiedene Aspekte des traditionellen Familienrechts und Einschränkungen im Zugang zu Eigentum und Ressourcen. Das LAC setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der Landbevölkerung stärker in die anstehenden Reformvorhaben des Staates integriert werden.

Das LAC wird die dafür nötige Gender-spezifische Expertise zu ausgewählten Aspekten des traditionellen Rechts und Lobbying aufbauen. Bei der Informations- und Bewusstseinsarbeit werden auch Männer als Zielgruppe berücksichtigt.

Seit der Unabhängigkeit entwickelte sich der Tourismus in Namibia - mit jährlichen Zuwachsraten von 9% bei Touristenankünften - recht gut. Die Erstellung eines Tourismusmasterplans konnte mit Unterstützung der OEZA abgeschlossen werden. Schwerpunkte sind dabei die ländliche Bevölkerung in einen so genannten "Community based Tourism" einzubinden und so an der Entwicklung des Fremdenverkehrs teilhaben zu lassen. Weiters geht es um Arbeitsplatz- und Einkommensschaffung, aber auch um alternative Maßnahmen, die Lebensgrundlagen in Gebieten zu sichern, die von häufigen Dürren und Nahrungsmittelknappheit heimgesucht werden. Auf dieser Basis unterstützt die Namibia Community Based Tourism Association (NACOBTA) die Gemeinden beim Aufbau geeigneter Unternehmen und nachhaltiger Ökotourismus-Angebote, bei der Entwicklung von Management-Kapazitäten und der Vermarktung. Die NACOBTA wurde 1995 gegründet und umfasst eine Kooperation zwischen ländlichen Gemeinden in Schutzgebieten ("conservancies"), NGOs und Privatwirtschaft. NACOBTA entwickelt mit den Bewohnern dieser Schutzgebiete einen ebenso nachhaltigen wie umweltverträglichen Tourismusplan und unterstützt sie sowohl bei der Suche nach geeigneten Investoren als auch bei der Vertragsgestaltung. Der Dachverband wird durch das ÖNSI in seinen Kapazitäten gestärkt und seine Nachhaltigkeit in Richtung finanzieller Eigenständigkeit gefördert.

2004 machten die ODA-Leistungen der OEZA an Namibia insgesamt 1,3 Mio. € aus, 57% davon gingen in den Sektor Government & Civil Society und 35% in den Tourismussektor.

### 3. WIRTSCHAFT

Als Erbe des südafrikanischen Apartheidregimes ist der Gegensatz zwischen Arm und Reich in Namibia noch immer primär ein Gegensatz der auf rassistischen Kriterien beruht. Ein weiterer Schwachpunkt ist die große ökonomische Abhängigkeit von Südafrika. Wichtigste Einnahmequellen des Staates sind der Bergbau (vor allem Diamanten), die Viehzucht, die Fischindustrie und der Tourismus. Im Rahmen einer offiziell gemischtwirtschaftlichen Orientierung gab die Regierung dem Privatsektor (Investoren aus dem Ausland) Anreize. Im Agrarsektor wurde zuletzt im Frühjahr 2004 die Beschleunigung der umstrittenen und international kritisch betrachteten Landreform angekündigt. Angesichts der langfristig eher schwachen Aussichten der Landwirtschaft setzt die Regierung indes primär auf einen breit angelegten Strukturwandel; Wirtschaftliche Zukunftschancen werden vor allem in der diversifizierten Devisenerwirtschaftung gesehen. Dabei soll die Abhängigkeit von einzelnen Sektoren, Produkten, Käufern und Investoren vermindert werden. Bedeutende aktuelle Projekte sind die Scorpion-Zink-Mine (in Betrieb seit 2003), die erste Diamantenschleiferei (2004 von der Lev-Leviev-Gruppe aus Israel fertiggestellt) sowie das Kudu-Erdgas-Projekt, durch das Namibia nicht nur die Stärkung der Eigenversorgung im Energiesektor anstrebt (etwa um 2009), sondern auch die Erschließung zusätzlicher Deviseneinnahmen durch geplante Exporte nach Südafrika. Durch neue Impulse soll die Ökonomie mittelfristig stärker wachsen als in den vergangenen Jahren. Diskutiert wird auch, eine Loslösung des N\$ vom Rand, dessen Stärke Namibia 2004 allerdings vor größeren, durch den hohen Weltmarktpreis für Erdöl bedingten Inflationsschüben besonders bei Kraftstoff und im Transportwesen bewahrte.

Das Budgetdefizit, das im März 2006 im Parlament angekündigt wurde sollte für 2005/06 nur mehr 1,1% des BSP betragen, dies würde eine deutliche Verbesserung zum Vorjahr bedeuten (3,5%)

Namibia ist durch seine Mitgliedschaft in der Southern African Customs Union (SACU) und der vom Rand dominierten Common Monetary Area (CMA) ökonomisch in hohem Maße von der Regionalmacht Südafrika abhängig. Von dort kommen noch immer etwa 80 % der Importe, südafrikanisches Kapital spielt in zentralen Wirtschaftssektoren eine bedeutende Rolle. Wirtschafts- und sozialpolitisch steuert Namibia darauf hin, die von der Apartheid hinterlassenen Gegensätze zwischen Arm (= Schwarz) und Reich (= Weiß) zu überwinden und die Ökonomie durch Diversifizierung und Förderung eines schwarzen Mittelstands ("Black Economic Empowerment") auf eine breitere



Grundlage zu stellen. Devisen werden primär mit Diamanten, anderen mineralischen Rohstoffen, Tierprodukten (Fleisch, Felle), Fischereierzeugnissen und dem Tourismus erzielt. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit lebt überwiegend in Armut von Ackerbau, Viehzucht, Fischfang, Lohnarbeit und Tätigkeiten im informellen Sektor, während die weiße Minderheit v. a. als Farmer und Unternehmer ihr Auskommen sichert.

Die Landwirtschaft band 2003 etwa 40 % der Erwerbspersonen und erzielten 5 % des BIP sowie 15 % der Exporterlöse. Nur 1 % der Landfläche ist für Ackerbau, fast die Hälfte hingegen für extensive Viehzucht geeignet. Zwei Drittel der Agrarproduktion entfallen auf kommerzielle Farmen (v. a. Rinderzucht, zudem Kleintierhaltung und Ackerbau), ein Drittel auf kleinbäuerliche Selbstversorgungsbetriebe (v. a. im Norden). Etwa 3.800 meist weiße Farmer besitzen fast die Hälfte des Agrarlandes. Seit Beginn der Landreform 1995 kaufte die Regierung nach dem Prinzip der freiwilligen Abtretung etwa 130 Farmen auf und siedelte dort rd. 40.000 Schwarze an. Etwa 700 Farmen wurden auf dem freien Markt an schwarze Eigentümer veräußert. Da 2004 noch rd. 243.000 landlose Schwarze auf die Zuteilung von Ackerland warteten, kündigte die Regierung die Forcierung der Landreform auch unter Rückgriff auf das Instrument der Enteignung an. Dabei wurde aber versichert, dass die Landreform nach Recht und Gesetz durchgeführt werden soll. Kritiker sehen in einer Landreform geringe Perspektiven für das Land, das überwiegend sehr trocken ist und die Menschen unter keinen Umständen aus eigener Kraft, sondern nur mit umfangreichen Nahrungsmittelimporten (2002 rd. 21 % der Gesamteinfuhr) ernähren kann. Im Frühjahr 2004 war etwa ein Drittel der Bevölkerung auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen; der Norden wurde zunächst von schweren Überschwemmungen, später von einer Heuschreckenplage heimgesucht. Die erste „Farmenteignung“ wurde Anfang September 2005 abgewickelt. Der neue Minister für Ländereien und Neubesiedlung, Jerry Ekanjo, machte 2005 auf zahlreiche Hindernisse aufmerksam, die dem Ressort lediglich geringe Erfolge ermöglichen. Die namibische Regierung unterzieht die bisherigen Programme derzeit einer Überprüfung und berät über einen Aktionsplan zur Landreform. Während der Aussprache über den Haushalt versprach Ekanjo neue Impulse für die Landreform. Gesetzesänderungen sollen den Kauf von Farmen beschleunigen, denn für jede erworbene Farm erhält das Ministerium zwischen zwei- und dreitausend Bewerbungen. So stehen im Finanzjahr 2006/07 50 Millionen N\$ für den Kauf kommerziellen Farmlands zur Verfügung. Im vergangenen Finanzjahr wurden für 21,4 Millionen N\$ 19 Farmen mit einer Gesamtoberfläche von 144.630 Hektar aufgekauft. Die erstmals fällige Landsteuer erbrachte im Finanzjahr 2005/06 rund N\$ 24 Millionen.

Für ein Gebiet an der Grenze zu Angola wurde eine Lizenz zur Ölexploration vergeben. Gewinner des Bieterwettbewerbs war ein russischer Ölkonzern, der zusicherte, in den kommenden vier Jahren 526 Millionen N\$ zu investieren und jährlich N\$ 1,5 Millionen an das zuständige Ministerium für Minen und Energie zu zahlen. Hinter den ungewöhnlich hohen finanziellen Zusagen stehen die Erwartungen, bei weiteren Förderlizenzen bevorzugt behandelt zu werden.

Zu den Umweltproblemen zählen u. a. die von Umweltschützern kritisierten Wasserkraftprojekte an Kunene und Okavango. Nationalparks wie Etosha, Namib-Naukluft, Skeleton Coast und Waterberg sollen dem Umweltschutz dienen. Mit Angola und Südafrika schloss Namibia Abkommen zum Schutz der Küstengewässer (v. a. gegen Überfischung und Verschmutzung). Im Regierungsprogramm des Integrated Community-Based Ecosystem Management (ICEMA) (2004) werden Wirtschaft und Ökologie konzeptionell verbunden.

Das 2.382 km lange TransNamib-Schienennetz führt von der südafrikanischen Grenze nach Windhoek, Swakopmund, Walvis Bay, in die Bergbauregion Otavi-Tsumeb-Grootfontein sowie über Abzweige nach Lüderitz, Gobabis und Outjo. Durch die Verlängerung von Tsumeb nach Ondangwa (Fertigstellung für das zweite Halbjahr 2005 avisiert) wird das Streckennetz auf etwa 2.630 km wachsen. Auf Touristen sind der von TransNamib betriebene „Desert Express“ (Windhoek-Swakopmund) sowie mehrere Züge von Privat Anbietern zugeschnitten.

Auf Grund seiner Landschaften und Nationalparks gilt Namibia als reizvolles Reiseland, die Förderung des Tourismus ist erklärtes Ziel der Regierung. 2002 stammten von 757.201 Touristen (243.894 aus Südafrika) 165.589 aus Übersee (Deutschland mit 61.236 Besuchern an erster Stelle). 2003 erzielte der Fremdenverkehr Einnahmen von netto 269 Mio. US\$ (fast 7 % des BIP).

Der bilaterale Außenhandel Österreichs mit Namibia, der aufgrund des Projektgeschäftes starken Schwankungen unterworfen ist, bewegt sich auf einem bescheidenen Niveau. In den 2005 lagen die österreichischen Exporte bei 747.988 Euro und die österreichischen Einfuhren betragen 1,86 Millionen Euro. Zu diesen Daten muss jedoch ergänzt werden, dass ein ansehnlicher Teil des österreichischen Außenhandels mit Namibia über Südafrika abgewickelt wird und daher von der zitierten Statistik nicht erfasst ist. Chancen für die österreichische Exportindustrie in Namibia bestehen bei Direktausfuhren vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Spezialmaschinen, im Wege über Südafrika auch für verschiedenste bearbeitete Waren. 2003 wurde das Investitionsschutzabkommen zwischen Namibia und Österreich unterzeichnet. Dieses Abkommen beinhaltet die bilateralen rechtlichen Rahmenbedingungen und bietet eine verbesserte Grundlage für österreichische Unternehmen für zukünftige Aktivitäten in Namibia.

**NAMIBIA****Fact-Sheet**

Stand 21. Juli 2006

**Landesname:** Republic of Namibia

**Hauptstadt:** Windhoek

**Staatsoberhaupt und Präsident:** Hifikepunye POHAMBANDA (SWAPO)

**Regierungschef:** Theo-Ben Gurirab

**ÖB:** Pretoria AHSt: Johannesburg; HGK: Windhoek

**Außenministerin:** Marco HAUSIKU

**Fläche:** 824.116 km<sup>2</sup> (Walvis Bay: 1.124 km<sup>2</sup>)

**Bevölkerung:** Schätz. Juli 2005: 2,031 Mio. Einw.\* (Zähl. 27. Aug. 2001: 1.830.330 Einw.); jährl. Bev.-Wachstum (2000-2005): 1,40 %\*; städt. Bevölk. (2005): 33,5 %\*. (Munzinger Archiv Online 2006)

**Sprachen:** Afrikaans, Diriku, English, Fwe, Hai||om, Herero, Ju|'hoan, Kung-Ekoka, Kwambi, Kwangali, Kwanyama, Kxoe, Lozi, Mbukushu, Nama, Naro, Ndonga, Tswana, !Xóõ, Yeyi, Zemba.

**Währung:** 1 Euro (EUR) = 8.68365 Namibischer Dollar (NAD) (24.7. 2006)

**Staatsform:** Präsidentialrepublik

**Wichtigste Parteien:**

Die Verfassung verankert ein Mehrparteiensystem, doch behauptete die 1960 gegründete Befreiungsbewegung *South West African People's Organization (SWAPO)* nach 1990 auch als Partei ihre beherrschende Position. Zu ihren Zielen gehören nationale Versöhnung, die Überwindung der "sozialen Apartheid" und die (umstrittene) Landreform. Samuel Nujoma trat 2004 die Präsidentschaftskandidatur an Hifikepunye Pohamba ab, behielt jedoch – voraussichtlich bis 2007 – den Parteivorsitz.

*Congress of Democrats (CoD)*: spaltete sich 1999 von der SWAPO ab; gilt als wichtigste Oppositionspartei; ebenfalls Beobachterstatus in der SI; Rückhalt v. a. bei jüngeren, besser ausgebildeten urbanen Wählerschichten; kritisch gegenüber der 2004 beschleunigten Landreform; Vorsitz: Benjamin Ulenga;

*Democratic Turnhalle Alliance (DTA)*: entst. 1977; konservative Oppositionspartei; befindet sich mittlerweile in Auflösung; Mitte 2003 Abspaltung der Republican Party (RP), einer Gruppierung von weißen Namibiern (Vorsitz: Henk Mudge, Sohn des fr. DTA-Vorsitzenden Dirk Mudge); im Dez. 2003 Registrierung der von DTA-Dissidenten gegr. National Unity Democratic Organization (NUDO; Vorsitz: Herero-Chef Kuaima Riruako); im Frühjahr 2004 weitere Abspaltung (unter Führung von Frans Goagoseb) des Namibia Democratic Movement for Change (NDMC); DTA-Vorsitz: Katuutire Kaura;

*United Democratic Front (UDF)*: gegr. 1989; Damara-Partei; lokal einflussreich; Vorsitz: Justus Garoëb;

*Monitor Action Group (MAG)*: entst. 1991; Organisation afrikaanssprachiger Weißer; verlor an Bedeutung; Vorsitz: Kosie Pretorius.

Ergebnisse der Wahlen (Nationalversammlung) vom 15./16. Nov. 2004

SWAPO 75,8% Stimmen, 55 Sitze

CoD 7,3% Stimmen, 5 Sitze

DTA 5,1% Stimmen, 4 Sitze

NUDO 4,3% Stimmen, 3 Sitze

UDF 3,7% Stimmen, 3 Sitze

RP 2,0% Stimmen, 1 Sitz

MAG 0,9% Stimmen, 1 Sitz

Wahlbeteiligung: 84,8 %

Öffentliche Ausgaben für Bildung: 2000-02: 7,2% des BSP (UNDP 2005)

Alphabetisierungsrate: 2003: 85% (der mind. 15-Jährigen) (UNDP 2005)

Einschulungsrate: 2002/03: Grundschule: 78%; Sekundarschule: 44% (UNDP 2005)

Öffentl. Ausgaben für das Gesundheitswesen: 2002: 4,7% des BSP (UNDP, 2005)

Lebenserwartung: 2000-05: 48,6 Jahre (UNDP 2005)

Kindersterblichkeitsrate: 65 Kinder unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten. (UNDP 2005)

HIV/Aids-Verbreitung: 2003: 21,3% der 15-49 Jährigen. (UNDP 2005)

Ernährung: 2000-02: 22% der Bevölkerung sind unterernährt. (UNDP 2005)

Zugang zu sauberem Wasser: 2002 hatten 80% der Einwohner Zugang zu sauberem Trinkwasser, und nur 30% der Einwohner standen sanitäre Einrichtungen zur Verfügung (UNDP 2005)

Human Development Index (HDI): 2003: Rang 125 von 177, mit einem Index v. 0,627 (max. 1,0) (UNDP, 2005)

Gender Related Development Index (GDI): 2003: Rang 96 von 140 mit einem Index v. 0,621 (max. 1) (UNDP, 2005)

Bevölkerung unter der Armutsgrenze-Human Poverty Index (HPI-1):

Rang 60 von 103, mit einem Wert v. 33 % (UNDP 2005)

BSP: 2003: 4,3 Mrd. US\$ (UNDP 2005)

BSP pro Kopf (PPP): 2003: 6.180 US-Dollar (UNDP 2005)

Reales Wachstum des BSP: 2005: 3.2% (EIU 2006)

Inflation (Consumer Price Inflation): 2006: 3.7% (EIU 2006)

Arbeitslosenrate: 2002: 34 %; (Munzinger Archiv Online 2005)

Verschuldung: 2005: 713 Mio. US\$ (EIU 2006)

Schuldendienst: Schuldendienst (Auslandsschulden) 2005: 14,3% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen (EIU, 2006)

Staatshaushalt 2005/06: Ausgaben: 12.693 Mio. N\$; Einnahmen: 12.104 Mio. N\$ (Munzinger Archiv Online 2006)

**Official development assistance (ODA):** 2004: 179,1 Mio.US\$,

**ODA pro Kopf:** 2004 88,2 US\$; entspricht 3% des BSP. (OECD 2006)

**Außenhandel:** 2004: Exporte 2005 1.446 Mio. US\$, Importe 2005 1.511 Mio.US\$ (Munzinger Online 2005 Schätzungen)

**Außenhandel mit Österreich:** 2005 betragen die österreichischen Exporte 747.988 €, Hauptexportprodukte waren Maschinen, Elektrogeräte und optische Messgeräte. Die Importe betragen 1,9 Mio.€, importiert wurde Aluminium, Stahl und Kunstgegenstände.

**Verträge mit Österreich:**

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Namibia über die Förderung und den Schutz von Investitionen samt Protokoll, unterzeichnet am 28.05.2003

**Mitgliedschaft in internationalen Organisationen:**

SADC (Southern African Development Community)

AU (African Union)

The Commonwealth

VN (Vereinte Nationen)

WTO (World Trade Organisation)

WB (Weltbank)

IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

IMF (Internationaler Währungsfond)

FAO (UN- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)

Vereinte Nationen

IDA (Internationale Entwicklungsorganisation)

IFC (Internationale Finanz-Corporation; Weltbank)

IMF (Internationaler Währungsfonds)

ILO (Internationale Arbeitsorganisation)

WHO (Weltgesundheitsorganisation)

IPU (Interparlamentarische Union)

IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

Okavango River Basin Water Commission (Okacom)